

Deutschland-Berlin: IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung
OJ S 195/2023 10/10/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: govdigital eG
Postanschrift: Charlottenstraße 65
Ort: Berlin
NUTS-Code: DE300 Berlin
Postleitzahl: 10117
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): TCI Partnerschaft von Rechtsanwälten Müller Schmidt mbB
E-Mail: vergabe@tcilaw.de
Telefon: +49 302005420
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.govdigital.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0U6W7P/documents>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y0U6W7P>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: eingetragene Genossenschaft (eG), öffentlicher Auftraggeber gem. § 99 Nr. 2 GWB

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

govdigital - Verhandlungsverfahren mit TNW "gdCloud Broker"
Referenznummer der Bekanntmachung: gd - EU 13/2023

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Gegenstand der Ausschreibung ist der Zugang zu Cloud-Service-Angeboten des Marktes im Sinne eines Multi-Cloud-Ansatzes (Cloud Broker). Dabei wird mindestens Zugriff auf die drei großen Hyperscaler sowie auf souveräne Angebote benötigt. Die Bereitstellung und Verwaltung der Zugänge sowie ein Reporting erfolgt über ein vom Auftragnehmer bereitgestelltes Broker-Portal.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 256 000 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE300 Berlin

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand der Ausschreibung ist der Zugang zu Cloud-Service-Angeboten des Marktes im Sinne eines Multi-Cloud-Ansatzes (Cloud Broker). Dabei wird mindestens Zugriff auf die drei großen Hyperscaler (d.h. AWS, Microsoft Azure, Google Cloud Platform) sowie auf souveräne Angebote benötigt. Souveränität setzt dabei insbesondere die nachgewiesene Erfüllung bestimmter, erhöhter Anforderungen an die IT-Sicherheit, insbesondere der Anforderungen des BSI, sowie eine Verarbeitung sämtlicher (auch Meta-)Daten innerhalb der EU bzw. des EWR voraus. Die Buchung einzelner Cloud-Services (z. B. virtuelle Maschinen, Datenbanken) erfolgt technisch unmittelbar beim jeweiligen Cloud-Anbieter über dessen Portal bzw. API. Die Bereitstellung und Verwaltung der Zugänge sowie das Reporting über die Nutzung der Cloud-Services erfolgt über ein vom Auftragnehmer bereitgestelltes Broker-Portal, wobei ein nachnutzbares Portal als besonders wünschenswert bewertet wird. Für den unmittelbaren Zugriff auf die Angebote der Cloud-Anbieter werden im Broker-Portal über einen Workflow Zugangsdaten zur Konsole bzw. zum Portal des Cloud-Anbieters bereitgestellt. Der Auftragnehmer bietet zudem einen deutsch-sprachigen First-Level Support mit Helpdesk an, der per E-Mail und Telefon erreichbar ist.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Die Rahmenvereinbarung verlängert sich über die initiale Laufzeit hinaus um jeweils ein weiteres Jahr, wenn sie nicht mit einer Frist von drei Monaten durch den Auftraggeber gekündigt wird. Sie endet jedoch spätestens nach Ablauf von vier Jahren bzw. bei Erreichen der Höchstmenge ohne dass es einer Kündigung bedarf, je nachdem, welches Ereignis früher eintritt.

II.2.9.

Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Soweit eine ausreichende Anzahl geeigneter Bewerber vorliegt, werden mindestens die drei Bewerber mit den meisten Eignungspunkten zur Angebotsabgabe aufgefordert. Erreichen weitere Bewerber den gleichen Punktwert wie der schlechteste dieser drei Bewerber, werden auch diese weiteren Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Bewerber zur Angebotsabgabe aufzufordern, wenn die Bewertung ihres Teilnahmeantrages einen Punktwert ergibt, welcher maximal zehn Prozent unter dem des drittplatzierten Bewerbers liegt. Maximal werden jedoch die fünf bestplatzierten Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Parallel zu dieser Ausschreibung führt der Auftraggeber ein Vergabeverfahren (offenes Verfahren) für die Beschaffung Cloud-Beratungs- und Unterstützungsleistungen (nachfolgend Beratungsausschreibung) durch (Bekanntmachungs-ID: CXP4Y0U6W7N). Um eine unabhängige Beratung, frei von vertrieblichen Interessen hinsichtlich der ausgeschriebenen Cloud-Services - und umgekehrt - zu gewährleisten, ist ein Zuschlag in beiden Vergabeverfahren an denselben Bieter und mit diesem im Sinne von § 15 ff. AktG verbundene Unternehmen ausgeschlossen.

Die Einreichung eines Teilnahmeantrags (und ggf. später Angebots) in diesem Verfahren und die parallele Einreichung eines Angebots in der Beratungsausschreibung ist zwar zunächst zulässig. Im Fall des Zuschlags in einem der Verfahren (voraussichtlich zunächst der Beratungsausschreibung) entfällt in dieser Konstellation allerdings in dem jeweils anderen Verfahren die Eignung aufgrund eines offenkundigen Interessenkonflikts gemäß § 46 Abs. 2 VgV. Das Angebot bzw. der Teilnahmeantrag des (identischen bzw. gemäß § 15 AktG ff. verbundenen) Unternehmens in dem anderen Verfahren wird in diesem Fall ausgeschlossen. Mit Abgabe eines Teilnahmeantrags in diesem Verfahren erklärt sich der Bieter mit dieser Regelung einverstanden.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Eigenerklärung der Bewerbergemeinschaft zu Mitgliedern, Vertretung und Gesamthaftung (nur für Bewerbergemeinschaften)

- Formblatt Unternehmensbeschreibung (Angaben zu Name der Firma, Rechtsform, Hauptsitz mit Anschrift, Handelsregister, Umsatzsteuer-Identifikationsnummer, Angaben zu Niederlassungen, Gegenstand des Unternehmens, Geschäftsführung, Unternehmensstruktur, Gesellschafts- und Kapitalverhältnisse z.B. Stamm-/Grundkapital, Gesellschafterstruktur, Konzernzugehörigkeit)
- Formblatt Unternehmensbeschreibung (Gesamtzahl der durchschnittlich fest angestellten Mitarbeitenden in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (bzw. sofern der Bewerber noch nicht über drei abgeschlossene Geschäftsjahre verfügt, in den bisher abgeschlossenen Geschäftsjahren) jeweils mindestens 1.500 Mitarbeiter)
- Berufs- oder Handelsregisterauszug als Nachweis, dass der Bewerber dort eingetragen ist (nicht älter als drei Monate)
- Eigenerklärung, dass keine rechtskräftigen Verurteilungen der in § 42 Abs. 1 VgV i.V.m. § 123 GWB aufgezählten Straftaten vorliegen sowie dass keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 42 Abs. 1 VgV i. V. m. § 124 GWB vorliegen. Für den Fall, dass Ausschlussgründe nach den §§ 123 oder 124 GWB vorliegen, sind die Tatsachen, welche zu einer Selbstreinigung nach § 125 GWB geführt haben, nachzuweisen
- Eigenerklärung zur Verschwiegenheit und zum Datenschutz; Eigenerklärung dass, die Gesetze zum Schutz personenbezogener Daten, insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sowie das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) bzw. das jeweils einschlägige Landesdatenschutzgesetz in der jeweils geltenden Fassung sowie alle sonstigen einschlägigen gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland zum Datenschutz beachtet werden
- über alle während oder im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren und dem abzuschließenden Vertrag bekannt werdenden Informationen des Auftraggebers, insbesondere den Auftragsinhalt und sonstige geschäftliche bzw. betriebliche Tatsachen, sofern sie nicht offenkundig sind, während und nach Beendigung des Vertragsverhältnisses Stillschweigen zu bewahren und diese ausschließlich zu Zwecken der Vertragsdurchführung zu verwenden und
- alle bei dem Bewerber beschäftigten Personen sowie alle von ihm oder einem seiner Nachunternehmer sonst zur Leistungserbringung eingesetzten dritten Personen, seien es natürliche oder juristische Personen, entsprechend zur Verschwiegenheit zu verpflichten und dafür Sorge zu tragen, dass den entsprechenden Verpflichtungen nachgekommen wird; Eigenerklärung, dass bei Zuschlag alle eingesetzten Personen schriftlich entsprechend Art. 28 Abs. 3 lit. b DSGVO zur Vertraulichkeit zu verpflichten und die Nachweise dem Auftraggeber vorzulegen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Liste der für die Eignungsleihe herangezogenen Unternehmen (nur bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe)
- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe (nur bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe)
- Eigenerklärung zur Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung
- Umsatz in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren bzw. sofern der Bieter noch nicht über drei abgeschlossene Geschäftsjahre verfügt, in den bisher abgeschlossenen Geschäftsjahren). Im Fall einer Bietergemeinschaft werden die Umsätze jeweils kumuliert.
- Nachweis eines Informationssicherheitsmanagementsystems nach DIN ISO 27001.
Alternativ ist die Darstellung eines vergleichbaren

Informationssicherheitsmanagementsystems möglich, das zumindest in seiner Grundstruktur gemäß den Hauptkapiteln der DIN ISO 27001 dargestellt sein muss (Beschreibung mit max. 3 DIN A4 Seiten beifügen).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Deckungssumme Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung jeweils mindestens EUR 5.000.000,00 für Personen- und Sachschäden sowie mindestens EUR 3.000.000,00 für Vermögensschäden
- Umsatz in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren bzw. sofern der Bieter noch nicht über drei abgeschlossene Geschäftsjahre verfügt, in den bisher abgeschlossenen Geschäftsjahren) jeweils mindestens EUR 150.000.000,00. Im Fall einer Bewerbergemeinschaft werden die Umsätze jeweils kumuliert.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Liste der für die Eignungsleihe herangezogenen Unternehmen (nur bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe)
- Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen für den Fall der Eignungsleihe (nur bei Inanspruchnahme einer Eignungsleihe)

Nachweis von mindestens einem Referenzprojekt:

Für die zu vergebende Leistung benennt der Bewerber mindestens ein von ihm (ggfs. auch in Zusammenarbeit mit Unterauftragnehmern) durchgeführtes Referenzprojekt (siehe Vorlagen in Anlage TWB 12 (Formblatt Referenzen), die hierzu Verwendung finden müssen). Das Referenzprojekt muss die Einführung und den Betrieb eines Broker-Portals für Cloud-Leistungen unterschiedlicher Cloud-Anbieter, da-von mindestens einer der Cloudanbieter Amazon Web Services, Microsoft Azure, oder Google Cloud Platform zum Gegenstand gehabt haben.

Kontaktpersonen bei den Referenzkunden müssen benannt werden und bereit sein, Auskunft über die Leistungserbringung des Bewerbers zu geben. Das Referenzprojekt muss innerhalb der letzten drei Jahren abgeschlossen worden sein, d. h. es muss eine erfolgreiche Einführung eines Broker-Portals für Cloud-Leistungen mit anschließendem Produktivbetrieb innerhalb der letzten drei Jahre erfolgt sein.

Wird mehr als eine Referenz eingereicht, welche alle Ausschlusskriterien erfüllt, so zählt die Referenz mit der besten Bewertung.

Die Abfrage der Referenzen erfolgt zunächst über Ausschlusskriterien (A). Anschließend werden bestimmte Eigenschaften der Referenzen als Bewertungskriterien (B) zusätzlich mit Eignungspunkten (EP) bewertet.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Für die geforderten Referenzprojekte sind folgende Mindestinhalte erforderlich:

- Kunde/Auftraggeber:(A) Siehe Hinweise oben zur Art des Auftraggebers
- Kontaktperson beim Kunden/Auftraggeber: Name:(A),Telefon:(A),E-Mail:(A)
- Gegenstand des Projekts: (A) Bestätigung, dass das Projekt die Einführung und den Betrieb eines Broker-Portals für Cloud-Leistungen unterschiedlicher Cloud-Anbieter, davon mindestens einer der Cloud-Anbieter Amazon Web Services, Microsoft Azure oder Google Cloud Platform zum Gegenstand hatte
- Beschreibung des Projektes (A)
- Auftragswert:(A) Bestätigung eines mit dem Projekt erzielten Umsatzes von mindestens 2.000.000 EUR (netto). Bei einem mehrjährigen Betrieb zählt das höchste Abrufvolumen innerhalb eines zusammenhängenden Zwölfmonatszeitraums.
- Auftragswert: (B) Angabe des mit dem Projekt erzielten Umsatzes

- Leistungsumfang: (A) Bestätigung, dass der Leistungsumfang des im Referenzprojekt eingesetzten Broker-Portals mindestens die folgenden Aspekte umfasst hat: Zugang zu Cloud-Angeboten und Buchung (Darstellung der zur Verfügung stehenden Cloud-Angebote und Möglichkeit zur Buchung eines Zugangs zu diesen über das Broker-Portal); Billing (Weiterverrechnung der angefallenen Kosten der bei den Cloud-Angeboten in Anspruch genommenen Dienste bzw. Leistungen an den Nutzer bzw. die Nutzerorganisation des Broker-Portals); Mandantentrennung (Verwaltung mehrerer Nutzer bzw. Nutzerorganisationen über das Broker-Portal bei vollständiger Datentrennung untereinander)
- Leistungsumfang: (B) Angabe weiterer im Rahmen des genannten Projekts erbrachten Leistungen (Siehe Hinweis oben zu Mindestinhalten über alle Referenzprojekte hinweg)
- Umfang Cloud-Angebote: (B) Angabe des Umfang an Cloud-Angeboten in dem im Referenzprojekt eingesetzten Broker-Portal
- Multi-Account-Fähigkeit: (B) Bestätigung, dass der Kunde im Referenzprojekt zu mindestens einem Zeitpunkt mehr als 20 Subscriptions / Accounts / Projects zur Separierung der Workloads nutzte.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

- Eigenerklärung zur Verschwiegenheit und zum Datenschutz
- Eigenerklärung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen
- Eigenerklärung zur Einhaltung von Sanktionsvorschriften

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung
Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 09/11/2023 Ortszeit: 23:59

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 06/12/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6.

Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/06/2024

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3. Zusätzliche Angaben

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y0U6W7P

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Postanschrift: Martin-Luther-Straße 105

Ort: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Bewerber/Bieter haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieterschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber. Erkennt ein am Auftrag interessiertes Unternehmen eine Verletzung seiner Rechte durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften, ist der Verstoß innerhalb von 10 Kalendertagen gegenüber der Vergabestelle zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung (Abgabe Teilnahmeantrag) gegenüber der Vergabestelle gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB).

Verstöße, die aufgrund von weiteren im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zugänglich gemachten Unterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist, Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen für die Angebotsphase erkennbar sind, bis zum Ablauf der Angebotsfrist gegenüber der Vergabestelle gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB). Teilt die Vergabestelle dem Bewerber/Bieter mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann der Bewerber/Bieter nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwidern einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 Abs. 1 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch die Vergabestelle.

Die Unwirksamkeit gemäß § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch

nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

05/10/2023